

PRESSEMITTEILUNG

Verbändebündnis fordert Weichenstellung für mehr Wohnungen

- **Wohnungsmangel bedroht Familien und Senioren**
- **Vorgesehene Erhöhung der Abschreibungssätze ist richtiger Schritt**
- **Investitionen in den Wohnungsbau stützen die gesamte Wirtschaftsentwicklung**

Berlin, 16. Oktober 2009 – Mieter und Immobilienunternehmen, Verbände der Bauwirtschaft und Gewerkschaften machen sich für eine Förderung des Wohnungsbaus stark. Die Die IG Bauen-Agrar-Umwelt, der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, der Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel, die Deutsche Gesellschaft für Mauerwerksbau, der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen sowie der Deutsche Mieterbund fordern gemeinsam eine Wende in der Wohnungsbaupolitik. Sie warnen vor einem Mangel an energieeffizientem und zukunftssicherem Wohnraum. Familien und Senioren, aber auch junge Menschen im Ausbildungsprozess sind davon in den Ballungsgebieten Deutschlands bereits heute betroffen.

Die sechs Verbände setzen sich bei der neuen Bundesregierung für kurzfristig umsetzbare Maßnahmen zur Ankurbelung des Wohnungsbaus ein. Ihre wichtigsten Forderungen sind die Erhöhung der Abschreibungssätze auf vermietete Wohngebäude, die Gleichstellung der Förderung von Sanierung und Neubau/Bestandersatz in den KfW-Programmen sowie die Aufstockung und Erweiterung des KfW-Programmes für altersgerechtes Bauen. Der Präsident des Deutschen Mieterbundes Dr. Franz-Georg Rips mahnt die neue Bundesregierung zu schnellen Umsetzungen: „Die von der neuen Regierung vorgesehene Erhöhung der Abschreibungssätze ist ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zu mehr Wohnungen. Wenn jetzt bei den KfW-Programmen nachgelegt wird und die Umsetzung zügig erfolgt, kann der Wohnungsbau im ersten Regierungsjahr unter Schwarz-Gelb bereits seine Wirkung entfalten.“

Die Wohnungsbautätigkeit liegt derzeit auf einem historisch niedrigen Niveau. Experten gehen davon aus, dass sich die Anzahl der neugebauten Wohnungen mehr als verdoppeln muss, damit ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Für die Binnenwirtschaft würde ein derartiger Impuls durch den Wohnungsbau als Konjunkturmotor wirken. Schon die Steigerung der Wohnungsbautätigkeit nur um 50.000 neue Wohnungen schafft über 150.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Zudem würden die öffentlichen Haushalte von einer günstigen Gestaltung der politischen Rahmenbedingung für den Wohnungsbau profitieren. Die bei der Errichtung eines Wohngebäudes anfallenden Steuer- und Abgabenzahlungen ergeben fast 47 % der Gesamtkosten. Addiert man Mineralölsteuern, Kfz-Steuern und Mautgebühren, die beim Transport von Baumaterial anfallen, noch hinzu, fließen bei einer Investition in eine neue

Kampagne **Impulse für den Wohnungsbau**
c/o Weber Shandwick

Schönhauser Allee 37, Geb. P
10435 Berlin

Telefon: 030-20351-0
Fax: 030-20351-29

info@impulse-fuer-den-wohnungsbau.de
www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de



PRESSEMITTEILUNG

Wohnimmobilie rund die Hälfte der Investitionssumme als Steuern und Sozialabgaben dem Staat wieder zu.

Die Berechnungen der Kampagne „Impulse für den Wohnungsbau“ und weitere Informationen zum Wohnungsbedarf und den zentralen Herausforderungen des Wohnungsbaus finden Sie unter www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

Pressekontakt:

Christof Fiscoeder

Weber Shandwick

Tel: 030-20351-10

Fax: 030-20351-29

E-Mail: cfiscoeder@webershandwick.com

Kampagne Impulse für den Wohnungsbau
c/o Weber Shandwick

Schönhauser Allee 37, Geb. P
10435 Berlin

Telefon: 030-20351-0
Fax: 030-20351-29

info@impulse-fuer-den-wohnungsbau.de
www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de